

BESCHLUSS

1 / 2017

GREMIUM	Ausschuss für Sicherheit und Ordnung
SITZUNGSTERMIN	Mittwoch, 15.02.2017, 17:00 Uhr bis 21:45 Uhr
SITZUNGSORT	Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen, Sitzungssaal 1, 1. Etage

ÖFFENTLICHER TEIL

3. AF-14/2017

SPD-Antrag vom 24.01.2017 i.S. Ordnungspartnerschaft

Herr Walter begründet mündlich den Antrag auf Planstelleneinrichtung und Bereitstellung von Sachkosten für eine Ordnungspartnerschaft.

Herr Billeb erinnert daran, dass ein grundsätzlicher Beschluss für eine Ordnungspartnerschaft unter dem Vorbehalt der Haushaltsplanberatung bereits im November 2016 mehrheitlich gefasst worden ist. Mit dem jetzigen Antrag geht es darum, dies zu präzisieren.

Herr Kleine-Frauns begrüßt grundsätzlich die Einrichtung einer Ordnungspartnerschaft. Er argumentiert, dass vielfach das subjektive Gefühl einer fehlenden Sicherheit jedoch die objektiven Verhältnisse überlagere. Auch sei es schwierig aus der Stadtmitte heraus zu erkennen, welche Erfordernisse in den verschiedenen Ortsteilen bestehen.

Herr Kleine-Frauns plädiert dafür, dass zunächst über Sicherheitskonferenzen unter Einbeziehung der Bürger in den jeweiligen Stadtteilen die konkreten Aufgaben und Ziele einer Ordnungspartnerschaft entwickelt werden sollen. Erst dann soll es zu einer Einrichtung von Stellen kommen.

Mit einer Ausweisung im Stellenplan zum jetzigen Zeitpunkt werde die Notwendigkeit einer erhöhten Haushaltsdisziplin nicht gewahrt und das gemeinsam angestrebte Ziel des Haushaltsausgleiches in 2017 verfehlt.

Herr Jahnke entgegnet, dass die Problemlagen in den Ortsteilen durchaus schon jetzt bekannt sind. So existiere z.B. in Brambauer seit Jahren ein runder Tisch, in der solche Themen zur Sprache gelangen. Es bedürfe keiner Sicherheitskonferenzen, um Aufgaben für eine Ordnungspartnerschaft zu ermitteln.

Notwendig sei es auch, den Stelleninhaber einer Ordnungspartnerschaft hoheitlichen Befugnisse zu übertragen.

Herr Walter präzisiert seine Vorstellung von einer Ordnungspartnerschaft. Diese müsse über den vom Bürgermeister angeführten Vorbildcharakter einer Patenschaft hinausgehen. Der Gedanke einer Ordnungspartnerschaft existiere seit Jahren, Sicherheitskonferenzen hätten schon seit längerer Zeit stattfinden können.

Wie zuvor Herr Jahnke fordert auch Herr Walter, anders als bei den bisherig eingesetzten Sicherheitskräften, die Übertragung rechtlicher Befugnisse auf die Stelleninhaber der Ordnungspartnerschaft.

Herr Dr. Böhmer vertritt die Auffassung, dass der Antrag zu unbestimmt ist, um diesem zustimmen zu können.

Herr Walter stellt klar, dass eine Zustimmung zur Verwaltungsvorlage VL-13/2017 „Vorberatung des Haushaltsplanentwurfes 2017“ seitens der SPD nur erfolgt, wenn beschlossen wird, den Haushaltsplanentwurf 2017 um die geforderten drei Stellen zuzüglich Sachkosten in zu ergänzen.

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt dem Haupt-und Finanzausschuss und nachfolgend dem Rat zu empfehlen, beginnend mit dem laufendem Jahr 2017 drei Planstellen für die Einrichtung einer Ordnungspartnerschaft mit der Polizei einzurichten und zusätzlich 20.000 Euro für die Ausrüstung und Ausbildung der städtischen Mitarbeiter in den Haushalt 2017 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Mit 4 Gegenstimmen (3 GFL, 1 FDP) und einer Enthaltung (Bündnis 90/Die Grünen) mehrheitlich beschlossen.